

## Lohnfindung im Ruhrbergbau während der Strukturkrise Versuch einer Beseitigung bestehender Probleme nach 1945

Die Anfänge einer Mechanisierung der Löse- und Ladearbeit und eine weitere Technisierung der nachgeschalteten Bereiche waren während des Kriegs kaum weiterbetrieben worden oder unterblieben sogar gänzlich. Der notwendige Aus- und Vorrichtungsvorhalt von mindestens fünf bzw. zwei Jahren war nahezu aufgezehrt. Es war dagegen positiv zu bewerten, dass die Tagesbetriebe der Zechen durch die Bombenabwürfe bis auf Ausnahmen nicht so schwer beschädigt wie befürchtet waren<sup>1</sup> und dass die Untertagebetriebe durch schnelles Wiederanlaufen der Wasserhaltungsmaschinen vor dem Versaufen gerettet werden konnten.<sup>2</sup>

Die Lösung der Belegschaftsfrage blieb das größte Problem. Zwei Fragen waren zu beantworten: Wie konnte die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der vorhandenen Belegschaft verbessert und wie konnten zusätzliche Belegschaftsmitglieder gewonnen werden?

Die Lohnfrage hatte hierbei zunächst den geringsten Einfluss auf die Beseitigung beider Schwierigkeiten, da der Geldwert nahezu auf Null gesunken war. Eine Verbesserung der Ernährung durch eine Werksverpflegung war ein erster Schritt, um das Leistungsvermögen nicht vollständig absinken und den Krankenstand ausufern zu lassen. Die Dienstverpflichtung von Arbeitskräften für den Bergbau, die die Besatzungsmacht anordnete, um die Belegschaften aufzustocken, hatte nur einen geringen Erfolg. Sie führte lediglich zu einer überhöhten Fluktuation.<sup>3</sup> Erfolgreicher waren sowohl im Hinblick auf die Steigerung der Leistungsfähigkeit als auch für die Bereitschaft, im Steinkohlenbergbau einen Arbeitsplatz anzunehmen, materielle Anreize durch besondere Zuteilung von Nahrungs- und Genussmitteln sowie durch bevorzugte Versorgung der Bergleute mit Wohnraum.

Die Währungsreform von 1948 erübrigte sehr bald die Zusatzversorgung mit lebensnotwendigen Gütern des täglichen Bedarfs; die Wohnraumversorgung blieb weiterhin ein Kriterium. Die Lohnhöhe erhielt nun das entscheidende Gewicht. Es war das Bestreben der Gewerkschaften nach der Aufhebung des Lohnstopps im gleichen Jahr,<sup>4</sup> die Bergarbeiter an die Spitze der Lohnskala zu führen. Dieses Vorhaben gelang. Innerhalb zweier Jahre stieg der Hauerleistungslohn von 8,40 DM je Schicht auf 12,46 DM je Schicht. Zusätzlich wurde ein

1 Werner Abelshäuser, *Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945*, München 1984, S. 19.

2 Günter Hegermann, *Steinkohlenbergbau in Oberhausen 1847–1992*, Oberhausen 1995, S. 202.

3 Abelshäuser 1984, S. 30.

4 Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, *Jahrbuch 1947*, S. 123.

Haushalts- und Kindergeld gezahlt.<sup>5</sup> Die Gewährung vermehrter Freizeit durch die Einführung gesetzlicher Feier- und Urlaubstage sollte darüber hinaus einen Ausgleich für die körperlichen Beanspruchungen der Untertagebelegschaft schaffen. Die Dauer der Arbeitszeit war ohnehin neben der Einkommensfrage zu einem wesentlichen Faktor gewerkschaftlichen Bemühens geworden.

Die zunehmenden Belegschaftszahlen und damit zusammenhängend eine steigende Förderung bei höherer Produktivität<sup>6</sup> ließen den eingeschlagenen Weg als gangbar erscheinen; denn durch zusätzlich steigende Erlöse sank zwischen 1950 und 1969 das Verhältnis des Jahresarbeitseinkommens zum Umsatz eines jeden Beschäftigten von 35,0 Prozent auf 32,2 Prozent.<sup>7</sup> Hierzu hatte jedoch eine zunehmende Mechanisierung der Löse- und Ladearbeit in der Gewinnung und eine steigende Effizienz im nachgeschalteten Bereich beigetragen.

Die Mangellage auf dem Kohlenmarkt schien 1954 beendet, als erste Feierschichten im Steinkohlenbergbau verfahren werden mussten. Man stellte sich zunächst lediglich auf temporäre Schwierigkeiten im Absatz ein. Aber schon 1957 zeichnete sich am Jahresende ab, dass eine Veränderung am Markt für Steinkohle eingetreten war, die bis zum heutigen Tage anhält.

## Die Strukturkrise im Ruhrbergbau

Die Ausgangslage zu Beginn dieser, später als Strukturkrise erkannten Wandlung am Steinkohlenmarkt war 1957 im Ruhrbergbau folgende: Die Zechen beschäftigten 397.425 Personen, sie förderten 123,209 Millionen t bei einer Schichtleistung von 1,246 t und einer Jahresleistung je Belegschaftsmitglied von 310 t.<sup>8</sup> Insgesamt 2.048 Abbaubetriebspunkten standen 158 bzw. 98 Abbaubetriebspunkte gegenüber, in denen die Löse- und Ladearbeit teil- oder vollmechanisiert war. Kein Betrieb war mit vollmechanischem Ausbau ausgerüstet.<sup>9</sup>

Der Vollhauerdurchschnittslohn betrug seit dem 15. Februar 1956 20,20 DM je Schicht. Zusätzlich erhielten Gedingearbeiter einen Zuschlag von 1,25 DM je Schicht zum verdienten Lohn.<sup>10</sup> Für 1957 war die Einführung eines Wohnungsgeldes für Untertagebeschäftigte

5 Dies., Jahrbuch 1950, S. 149.

6 Von 1946 bis 1957 stieg die Belegschaftszahl von 251.086 Personen auf 397.043 Personen, die Fördermenge von 50,452 Millionen t auf 123,209 Millionen t und die Produktivität je Mann und Schicht von 0,877 t auf 1,246 t (Paul Wiel, Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets, Essen 1970, S. 132 und S. 137).

7 Hegermann 1998, S. 667.

8 Wiel 1970, S. 132 bzw. S. 137.

9 Unternehmensverband Ruhrbergbau 1959, S. 28, S. 31 und S. 32.

Der Anteil der voll- und teilmechanisch gewonnenen Kohle war von 19 Prozent im Jahre 1950 auf 32 Prozent im Jahre 1956 angestiegen (Gerhard Gebhardt, Ruhrbergbau. Geschichte, Aufbau und Verflechtung seiner Gesellschaften und Organisationen, Essen 1957, S. 74).

10 Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Jahrbuch 1956, S. 293.

von 16,50 DM je Monat geplant, das sich für jedes Kind um 2,00 DM und für Eigenheimbesitzer um 2,50 DM je Monat erhöhte. Der Urlaubsanspruch betrug je nach Beschäftigungsdauer 14 bis 21 Tage.<sup>11</sup>

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Betrachtung, die Strukturkrise im westdeutschen Steinkohlenbergbau habe 1958 begonnen, den Tatsachen entsprach,<sup>12</sup> dennoch sahen die Bergbauunternehmen sich damit konfrontiert, dass ein akuter Kohlenmangel nicht mehr zu erwarten war. Immerhin dauerte es noch nahezu ein Jahrfüntf, bis ein dauerhafter Zusammenbruch am Kohlenmarkt sich abzeichnete, und ein Jahrzehnt, ehe die Bundesregierung hieraus die Folgerung zog, dass nur ein Zusammenschluss der Ruhrgebietszechen zu einer Einheitsgesellschaft die Lösung der Frage nach einer sozialverträglichen Schrumpfung der Belegschaft auf die Absatzchancen gewährleisten konnte.<sup>13</sup>

## Die Ruhrkohle AG

Am 11. November 1968 gründeten zunächst 22 Gesellschaften des Ruhrgebiets eine Einheitsgesellschaft. Diese nahm am 1. Januar 1969 mit sieben Betriebsführungsgesellschaften die Arbeit auf. Eine der ersten Tätigkeiten, um einen geordneten Rückzug aus dem Fördervermögen ihrer Zechen anzutreten, bestand darin, dass der Vorstand der Gesellschaft eine einheitliche Bewertung der Lagerstätte ausarbeiten ließ, um eine optimale Lösung der Anpassung der Förderkapazität an den Absatz zu erzielen. Dabei stellten die Bonität der Lagerstätte, aber auch ihre nachhaltige Nutzungsmöglichkeit wesentliche Faktoren dar.<sup>14</sup> Die technische Bestgestaltung der Betriebe sollte genutzt werden, um trotz steigender Fixkosten bei zurückgehendem Absatz eine Lohnentwicklung zu gewährleisten, die der übrigen Industrie entsprach.<sup>15</sup>

Da temporäre Absatzschwankungen durch Auf- und Abholdungen nicht völlig ausgeglichen werden konnten, blieb das Verfahren von durch die Arbeitsverwaltungen vergüteten Kurzar-

11 Dies., Jahrbuch 1957, S. 332.

12 Der Beginn der krisenhaften Entwicklung im Ruhrbergbau wurde vielfach mit der Kohlenpreiserhöhung des Jahres 1957 begründet. Es ist zweifelhaft, ob eine solche Annahme den tatsächlichen Gegebenheiten entsprach. Bereits 1924 zeichnete sich für den Steinkohlenbergbau im Absatz ein Wandel ab, als neue Energien – Erdöl und Wasserkraft – und der verbesserte Umgang mit den Energieinhalten der Steinkohle – Änderung der Feuerungstechnik bei der Dampferzeugung und höhere Ausnutzung des Wärmehalts des Dampfes – eine Krise am deutschen Steinkohlenmarkt hervorriefen, die erst 1936 durch Autarkie- und Rüstungsbestrebungen überwunden wurde; noch zu Beginn des Jahres 1936 mussten auf den Zechen im Ruhrgebiet Feierschichten verfahren werden. Bereits 1954 fielen erneut Feierschichten im Ruhrbergbau an.

13 Abelshäuser 1984, S. 141.

14 Ruhrkohle AG, Bericht über das Geschäftsjahr 1971, S. 12.

15 Günter Hegemann, Interdependenzen zwischen Gesetzgebung, technischer Innovation und Belegschaftspolitik einerseits und Kapazitätsauslastung, Produktivität und wirtschaftlichem Erfolg andererseits, Oberhausen 1998, S. 506 f.

beitsschichten zunächst unvermeidlich. Durch geeignete Sozialpläne sollten die Anpassungsmaßnahmen für die Belegschaften sozialverträglich ablaufen. Die Gewährung von Knappschichtausgleichsleistungen erlaubte unter bestimmten Voraussetzungen das Ausscheiden der Untertagebeschäftigten in einem Alter von 55 Jahren. Da dieses Verfahren auch im Stellvertreterprinzip möglich war, konnten Arbeitsplätze auf anderen Schachtanlagen freigezogen werden, die sich dann durch Belegschaftsmitglieder stillzulegender Zechen besetzen ließen. Ein Ausgleich für Erschwernisse oder Einkommensverluste wurde durch entsprechende Bestimmungen geregelt, die in den einzelnen Sozialplänen zwischen Vorstand und Betriebsvertretung festgelegt waren.<sup>16</sup>

Als es zu Beginn der 1980er Jahre nicht mehr gelang, die Belegschaftsgröße über das vorzeitige Ausscheiden von Mitarbeitern, auch durch Gewährung von Beihilfen durch die EU,<sup>17</sup> dem Bedarf anzupassen, vereinbarten die Tarifparteien, zumindest das Schichtenangebot der verbleibenden Belegschaft durch die Gewährung von bezahlten persönlichen Freischichten zu verringern.<sup>18</sup> Gleichzeitig wurde die Mehrarbeit in den Betrieben erheblich eingeschränkt. Zunächst wurde sie auf unter drei Schichten begrenzt, um schließlich ab 1994 alle unvermeidliche Mehrarbeit, die über ein Schicht hinausging, durch Freizeit auszugleichen.<sup>19</sup> Zusätzlich verzichteten die Mitarbeiter ab 1993 auf einen Teil ihres Einkommens, um Kündigungen in den freien Arbeitsmarkt zu verhindern, und verfuhrten dafür im Gegenzug zusätzliche Blockfreischichten, die später in persönliche Freischichten – maximal 21 – umgewandelt wurden.<sup>20</sup> Selbst Umschulungsmaßnahmen und die Förderung von Eigeninitiativen zum Berufswechsel verhinderten nicht, dass erstmals 2003 bei der Ruhrkohle AG ausgebildete nicht in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis überführt werden konnten.

Die Bemühungen der Ruhrkohle AG um eine Optimierung der Betriebe führten zu einer erheblichen Steigerung der Produktivität. Seit 1988 war in allen Gewinnungsbetrieben die Löse- und Ladearbeit vollmechanisiert, und alle Streben waren mit Schreitausbau ausgerüstet. Ansätze zur Automatisierung der Betriebsabläufe waren eingeleitet. Die Betriebspunktförderung, die 1969 im Mittel aller Betriebe der Ruhrgebietszechen noch 812 t je Tag betrug, konnte bis 1996 mehr als verdreifacht werden und belief sich auf 2.598 t je Tag.<sup>21</sup> Die Schichtleistung unter und über Tage, die 1970 insgesamt 3,843 t betrug, konnte bis 1996 auf 5,5 t angehoben werden. Die Erhöhung der Jahresförderleistung von 456 auf 611 t je Beschäftigten, die also geringer ausfiel als die Schichtleistung, ließ erkennen, wie schwierig die

16 Abelshäuser 1984, S. 149 f.

17 Unter bestimmten Voraussetzungen konnten Untertagebeschäftigte mit 50 Jahren ausscheiden.

18 1981 bis 1986 erhielten die Belegschaftsmitglieder der RAG zunächst zwei und dann in den Folgejahren 4, 6, 8, 13, 13, 14 und 16 Freischichten (Geschäftsberichte der Ruhrkohle AG der entsprechenden Jahre; auch Hegermann 1998, S. 659.)

19 Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Jahresbericht 1992/93, S. 137.

20 Dies., Jahrbuch 1994/95, S. 138 bzw. Jahrbuch 1997/98, S. 263.

21 Hegermann 1998, S. 479 f.

Anpassung der Belegschaftszahl an den Absatz war und dass die Verringerung der Zahl der Arbeitsschichten nicht völlig auszugleichen war.<sup>22</sup>

Das Jahreseinkommen eines jeden Beschäftigten hatte von 12.726 DM im Jahre 1969 auf 47.450 DM im Jahre 1992 oder auf das 3,7fache zugenommen, der Index der Einzelhandelspreise war dagegen von 45,9 auf 96,3 (1995 = 100) oder das 2,1-fache gestiegen.<sup>23</sup> Der Vollhauerleistungslohn je Schicht, der 1969 35,60 DM betrug und der sich um ein Wohnungsgeld von mindestens 2,00 DM erhöhte, der ausserdem durch ein Urlaubsgeld von 240 DM und ein Weihnachtsgeld von 400 DM ergänzt wurde,<sup>24</sup> war bis 1996 auf 192,74 DM gestiegen. Zusätzlich wurde eine Jahresabschlussvergütung von 4.887 DM gezahlt.<sup>25</sup> Der Index der Einzelhandelspreise betrug jetzt 100,8.<sup>26</sup>

### *Stützungsmaßnahmen durch die Öffentliche Hand*

Solange die Nachfrage an Kohle die Fördermöglichkeiten der Bergwerke überstieg, hatten sich die steigenden Lohn-, Arbeits- und Sachkosten durch die Anhebung der Brennstoffpreise ausgleichen lassen.<sup>27</sup> Die Erlöse unterlagen in den Jahren von 1945 bis 1956 der fiskalischen Bindung, die jedoch nach 1949 ein ständiges Ärgernis für die freie Marktwirtschaft darstellten. Trotzdem mussten schon Anfang der 1950er Jahre im Zuge der Fördersteigerung Investitionshilfen für den Bergbau durch die übrige Wirtschaft geleistet werden.

Das Deutlichwerden der Absatzkrise im Jahre 1958 schränkte die Möglichkeit der Preisanhebung ein.<sup>28</sup> Von diesem Zeitpunkt an flossen laufend Hilfen des Staates an den Steinkohlenbergbau. Sie beliefen sich zunächst auf 40,5 Millionen DM, sie erreichten aber schon 1963 mehr als 1,4 Milliarden DM, um sich bis 1968 noch einmal auf 2,981 Milliarden DM zu verdoppeln.<sup>29</sup>

22 Gegenüber 1970 hatte sich bis 2002 die Zahl der Arbeitstage nur unwesentlich verändert – 253 bzw. 247 Arbeitstage. Der Anteil der verfahrenen Schichten war dagegen im gleichen Zeitraum von 82,7 Prozent auf 56,78 Prozent abgefallen und die Zahl der entgangenen Schichten – Tarifurlaub, Arbeitsunfähigkeit, Freischichten usw. – von 24,9 Prozent auf 42,18 Prozent gestiegen (Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. (Hrsg.), Zahlen zur Kohlenwirtschaft, Essen/Köln 1978, S. 69 bzw. 2003, S. 33).

23 Geschäftsberichte der Ruhrkohle AG der entsprechenden Jahre bzw. Statistisches Jahrbuch 2002, S. 612.

24 Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Jahrbuch 1968/69, S. 27.

25 Dies., Jahrbuch 1997/98, S. 263 u. S. 267.

26 Statistisches Jahrbuch 2002, S. 162.

27 Diese Tatsache unterstreichen die Ergebnisse einzelner Bergwerks- und Montangesellschaften, die zwischen 1949 und 1965 – die Hibernia AG sogar bis 1967 – zufriedenstellende Dividendenzahlungen ermöglichten (Hegermann 1995, S. 364 f.).

28 Von 1949 bis 1957 war der Kohlepreis von 32,50 DM je t auf 62,95 DM je t, oder um nahezu das Doppelte, gestiegen. Die Anhebung von 1957 bis 1965 betrug lediglich noch DM 10,55 je t – 1965 erlösten die Bergwerke DM 73,50 je Tonne –, oder rund 17 Prozent (Wiel 1970, S. 390).

29 Abelshauser, S. 150.

Auf der einen Seite hatten die Absatzschwierigkeiten zu einer Verringerung der Fördermenge und damit zu einer Anhebung der spezifischen Fixkosten je Tonne geförderter Kohle geführt. Andererseits war die Lohnhöhe der Bergbaubeschäftigten nicht losgelöst von der übrigen Industrie zu betrachten, da trotz des Nachfragerückgangs ein Förderminimum nicht unterschritten werden durfte; sonst hätte die Rentabilität der meisten Bergwerke zu sehr gelitten. Trotz steigender Produktivität war hierfür eine bestimmte Belegschaftsgröße unvermeidlich. Es zeigte sich, dass Arbeitskräfte auch bei angemessenem Einkommen auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung standen. Damit ergab sich die paradoxe Situation, dass bei sinkendem Absatz Anwerbungen von Belegschaftsmitgliedern im Ausland notwendig wurden, obwohl durch Zechenschließungen Arbeitskräfte freigesetzt wurden.

Zechenschließungen bei Bergwerksunternehmen, die trotz einer hinreichenden Kohlengrundlage zahlungsunfähig zu werden drohten, und damit die Existenz ihrer Mitarbeiter gefährdeten, drängten die Bundesregierung 1963, das Gesetz zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau zu erlassen. Es kam zur Gründung eines Rationalisierungsverbandes des deutschen Bergbaus. Stilllegungsprämien von 25 DM je t geförderter Kohle aus dem betreffenden Baufeld, die je zur Hälfte vom Staat und von den Mitgliedern des Verbandes aufgebracht wurden, sollten ermöglichen, die Aufwendungen für die Stilllegung und für die Sozialpläne, die die materiellen Einbußen der Beschäftigten abfederten, auszugleichen.<sup>30</sup>

Die Gründung einer Einheitsgesellschaft der Mehrzahl der Ruhrgebietszechen, 1968, sollte dazu beitragen, die Staatsbeihilfen zu minimieren, sie zumindest nicht weiter steigen zu lassen. Diese Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. Bereits 1970 mussten die Aktionäre der Ruhrkohle AG auf 700 Millionen DM Einbringensforderung verzichten, ein Jahr später erließ die Öffentliche Hand dem Unternehmen die Lastenausgleichsabgabe in Höhe von 100 Millionen Mark und übernahm die Tilgungsrate an die Altgesellschaften in Höhe von 43 Millionen DM, wobei die Alteigentümer einen gleich hohen Beitrag leisteten.<sup>31</sup> Im Jahre 1973 verzichteten die Muttergesellschaften der Ruhrkohle AG auf die Verzinsung der Einbringensforderung und die Tilgungsraten, die Öffentliche Hand übernahm die Stilllegungsabschreibungen, nachdem 1972 ein Teil der Stabilisierungsrücklage aufgelöst worden war.<sup>32</sup>

In den Folgejahren verbesserten sich die Ergebnisse der Gesellschaft, so dass 1976 sogar eine Forderung der Öffentlichen Hand in Höhe von 350 Millionen DM zurückgezahlt und Rücklagen gebildet werden konnten. Letztere dienten dazu, die nach 1980 wieder schlechter werdenden Ergebnisse auszugleichen. Ab 1988 musste dagegen wieder der Fiskus eingreifen,

30 Von 1957 bis 1969 wurden 47 Zechen stillgelegt und darüber hinaus 34 Schachtanlagen mit anderen zusammengelegt (Jahrbücher des deutschen Steinkohlenbergbaus, Essen 1966, S. 88 f. und Essen 1969, S. 790 f.).

31 Berichte der Ruhrkohle AG über die Geschäftsjahre 1970 und 1971, S. 120.

32 Wie vor 1973, S. 11 und 1972, S. 14.

um das Ergebnis zu verbessern. Er übernahm die Aufwendungen für die Dauerlasten des Bergbaus, die sich allein in diesem Jahr auf über 160 Millionen DM beliefen.

Darüber hinaus hatte die Bundesregierung seit 1977 eine „Nationale Kohlenreserve“ finanziert, die verhüten sollte, dass die Lagerbestände an Kohle und Koks der Gesellschaft überhand nahmen. Ihr Maximum erreichte sie 1978 mit 6,1 Millionen Tonnen Kohle und fast 3 Millionen Tonnen Koks. Diese Mengen mussten seit 1987 zurückgekauft werden, wobei die Differenz des Rückverladungspreises zum Lagerungspreis der Ruhrkohle AG zugute kam. Bis 1993 waren die Lager geräumt.<sup>33</sup>

Im Jahre 1991 mussten dann wieder 250 Millionen DM der Stabilisierungsrücklage entnommen werden. Insgesamt erwirtschaftete die Ruhrkohle AG von 1969 bis 1996 einen Gesamtumsatz von 324,266 Milliarden DM. Ihm standen Investitionen von 13,357 Milliarden DM, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von 6,091 Milliarden DM, die zu 50 bis 75 Prozent staatlich bezuschusst wurden, und ein Vorleistungsaufwand von 15,077 Milliarden DM gegenüber.<sup>34</sup>

Positiven Ergebnissen in Höhe von 1,325 Milliarden DM entsprachen in den Bilanzen von 1969 bis 1996 negative Werte von 2,830 Milliarden DM.<sup>35</sup> Die negative Differenz von 1,5 Milliarden DM wurde neben der Stützung des Kohlenpreises von der Öffentlichen Hand und den Altgesellschaften ausgeglichen.<sup>36</sup>

Insgesamt beliefen sich die finanziellen Maßnahmen des Staates im Bereich des deutschen Steinkohlenbergbaus von 1973 bis 1996 – den Selbstbehalt der Elektrizitätswirtschaft ausgeklammert – auf 81.963,60 Millionen Euro (1 Euro = 1,95583 DM).<sup>37</sup> Die Steinkohlenförderung in der Bundesrepublik Deutschland betrug im gleichen Zeitraum 1.845,21 Millionen Tonnen.<sup>38</sup> Damit leistete der Fiskus einen Beitrag von 44,42 Euro je Tonne. Der spezifische Wert war jedoch im Laufe der Jahre Änderungen unterworfen. In den Jahren 1973 bis

33 Hegermann 1998, S. 357.

34 Ders., S. 677.

35 Ders., S. 662 f.

36 Die Kokskohlenbeihilfe, die nach einem Selbstbehalt der Lieferanten und Abnehmer vom Fiskus geleistet wurde, erforderte 1976 97,5 Millionen DM und 1988 fast 3,8 Milliarden DM (Wolfgang Gatzka, Der Hüttenvertrag, Aachen 1996, Anlage 8). Die Anpassung des Kraftwerkskohlenpreises an den Weltmarktpreis ging überwiegend zu Lasten der Stromverbraucher (Kohlenpfennig) (Hans Jörg Niemeyer, Der „Jahrhundertvertrag“ nach deutschem Kartellrecht, Köln/Berlin/Bonn/München 1990, S. 8). Die Zuschüsse aus dem Ausgleichfond für den Einsatz von Kohle in Kraftwerken beliefen sich von 1979 bis 1984 auf insgesamt 8,765 Milliarden DM (Helmut Döngen, Subventionen in der deutschen Energiewirtschaft von 1979 bis 1984, in: Zeitschrift für Energiewirtschaft 1984, S. 262–269, hier: S. 266).

37 Eigene Berechnung anhand der Angaben: Hans-Wilhelm Schiffer, Energiemarkt Deutschland, Köln 2002, S. 124.

38 Eigene Berechnung anhand: Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., Zahlen zur Kohlenwirtschaft, Essen/Köln 2003, S. 6.

1984 stützte die Öffentliche Hand den Kohlenerlös je Tonne mit Euro 23,57, von 1985 bis 1996 war der Betrag mehr als dreimal so hoch, nämlich Euro 72,02.

### Résumé

Des salaires aussi élevés que possible ont toujours joué un rôle important dans l'industrie minière. Ainsi ont été attirés, dans les années 1950, un nombre suffisant de travailleurs. Mais également après la manifestation de la crise du charbon, avec le recul des possibilités de promotion un revenu approprié restait essentiel. Au regard des problèmes économiques, ce ne fut toutefois possible qu'avec un apport considérable d'argent public.